

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

15. Sitzung
10. November 2022

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.31 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Woran liegt es aus Sicht des Senats, dass die Teilnahme der Sprachstandstests durch die Bezirke nicht nachgehalten wird und was tut der Senat, um die Bezirke hier zu unterstützen?“
(Auf Antrag der Fraktion der FDP)

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt, die Förderung der sprachlichen Fähigkeiten von Kindern, die in diesem Bereich große Defizite aufwiesen, vor Eintritt in die Schule sei ihr ein großes Anliegen. Das Verfahren zur Sprachstandsfeststellung sei in § 55 Schulgesetz festgelegt; demnach seien die bezirklichen Schulträger zuständig. Der Senat könne nicht bei der Auslösung der Einladungen zu den Tests unterstützen, weil die notwendigen personenbezogenen Daten ausschließlich den Schulträgern zur Verfügung stünden. Zum Verfahren gehörten auch die Möglichkeiten, Familien, die der ersten Einladung keine Folge leisteten, Erinnerungen zukommen zu lassen und sie ggf. mit Sanktionen zu belegen. Man müsse diese Möglichkeiten aber eben auch nutzen. Die Senatsverwaltung unterstützen die Schulträger, indem sie 80 Sonderpädagoginnen und -pädagogen für das Land zur Verfügung stelle, die die Erhebungen durchführten.

Selbstverständlich sei das Verfahren in seiner jetzigen Form aber verbesserungsfähig. SenBJF habe Akteure aus Schul- und Jugendämtern, SenFin sowie der Liga der Spitzenverbände und dem Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden zu einer Arbeitsgruppe versammelt, um das Verfahren zur vorschulischen Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe würden zusammengefasst in der Hoffnung, die Schulämter mit den Ergebnissen besser unterstützen zu können. Außerdem biete die Verwaltung den Bezirken immer wieder ihre Unterstützung für konkrete Einzelfälle an.

Paul Fresdorf (FDP) erkundigt sich, wann mit den Ergebnissen der erwähnten Arbeitsgruppe zu rechnen sei. Außerdem sei bekannt, dass Hunderte Kinder in Berlin nicht an den Tests teilnähmen, und unter denjenigen, bei denen ein Förderbedarf festgestellt werden, erhielten wiederum Hunderte keine Förderung. Halte die Senatorin es nicht für sinnvoll, hier die Bezirksaufsicht zu bemühen? – Immerhin würden in der Zuständigkeit der Bezirke wichtige Maßnahmen nicht ergriffen, was sich zum Schaden von Kindern auswirke, die in der Schule aufgrund ihrer mangelnden Sprachkenntnisse dann hinterherhinkten und darunter litten.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) stimmt zu, dass jedes Kind, das keine ausreichende Sprachförderung vor Schuleintritt erhalte, eines zu viel sei; man müsse „Hunderte“ aber auch in Relation zu den 37 000 Kindern sehen, die alleine 2022 eingeschult worden seien.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) weist darauf hin, dass SenBJF die Bedeutung des schon seit zehn Jahren virulenten Themas auch im Zusammenhang mit Sprachkitas in den vergangenen Wochen deutlich hervorgehoben habe. Es liege der Verwaltung sehr am Herzen, denn es gehe hier um einen Spracherwerb, der Teilhabe an der Gesellschaft und persönliche Entwicklung ermögliche.

Die Arbeitsgruppe werde nach aktuellem Stand Ende des Jahres 2022 in einer ersten Runde das Erarbeiten der Themen abschließen, um einen kleinen Einblick geben zu können. Da aber die verschiedensten Zusammenhänge bestünden, werde man noch keinen kompletten Überblick vorlegen können. Ein Kritikpunkt der Bezirke – unter denen einige sehr engagiert seien, so z. B. Reinickendorf, das neben den Kitas zusätzliche Angebote schaffe – laute, dass es nicht genügend Kitaplätze gebe. Inzwischen habe sich die Lage im System aufgrund der Rückmeldungen deutlich entspannt. SenBJF versuche derzeit festzustellen, ob sich die Tests zeitlich verschieben ließen, da am Anfang des Kitajahres noch viele Plätze verfügbar seien. Würde es gelinge, die Tests so früh stattfinden zu lassen, dass man sich kurz nach Schuljahresbeginn um einen Kitaplatz kümmern könne, so würde das bezirkliche Problem, die Kitaplätze reichten nicht aus, entfallen. Auch weitere Stellschrauben würden untersucht, um bis Ende des Jahres Lösungen anbieten zu können, Rahmenbedingungen zu optimieren und mehr Verbindlichkeit herzustellen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erinnert daran, dass die Durchführung von Sprachstandstests von der rot-schwarzen Vorvorgängerregierung festgelegt und in der vergangenen Legislaturperiode durch Rot-Rot-Grün geschärft worden sei. Daher finde sie es irritierend, dass erst jetzt Arbeitsgruppen zusammenkämen, um die Umsetzung zu gewährleisten. Inwiefern nehme die Senatsverwaltung ihre Verantwortung jenseits einer Bezirksaufsicht verstärkt wahr, um eine Umsetzung der seit Jahren geltenden Gesetzeslage zu forcieren? – Die Frage ziele insbesondere auf eine Ausweitung der Sprachförderung auch außerhalb der Kitas ab. Welches Zeitfenster habe sie sich gesetzt?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) entgegnet, die Angebote hingen sehr stark mit dem Kitasystem zusammen, auch durch zusätzliche Angebote, die die Verwaltung mit schulischer Unterstützung machen könne. Die Rahmenregelungen sollten so angepasst werden, dass sich niemand mehr herausreden könne. Zu dem, was in der Vergangenheit gewesen sei, könne er sich nicht äußern; jetzt aber sei die Verwaltung hier mit voller Kraft tätig. Bis Ende 2022 solle die Arbeitsgruppe ihre Vorschläge erarbeiten, Anfang 2023 werde SenBJF diese gern präsentieren, aber mit zusätzlichen Themen wie z. B. der Weiterentwicklung des Monitorings des Sprachstands im Kitaalltag; in diesem Zusammenhang verweise er auf das BeoKiz-Projekt, das stärker digitalisiert werden solle.

Außerdem beobachte die Verwaltung, welche Maßnahmen Hamburg in diesem Bereich ergreife. Der IQB-Bericht zeige, dass dort einige Dinge besser liefen als in Berlin. Die Sprachstandstests seien aber nicht isoliert, sondern im Kontext anderer Fragen des vorschulischen Spracherwerbs zu diskutieren. Im Kitajahr 2023/2024 sollten die derzeit in der Entwicklung befindlichen Maßnahmen bereits umgesetzt und deutliche Fortschritte sichtbar werden.

Roman Simon (CDU) kommt auf das am 25. Oktober 2022 im Bundesgesetzblatt veröffentlichte Gesetz zur temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz zu sprechen. Dieses sehe die Möglichkeit für Arbeitgeber vor, ihren Arbeitnehmern innerhalb einer bestimmten Zeit bis zu 3 000 Euro steuer- und sozialversicherungsabgabenfrei zahlen zu können. Wie werde der Senat mit dieser geänderten Rechtslage umgehen? Werde SenBJF den in ihrer Verantwortung Beschäftigten, also Lehrern und Erziehern des Landes und der freien Träger, diese Zahlung gewähren?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer mahnt an, die mündlich gestellten Fragen sollten über einen aktuellen Bezug verfügen; die Frage des Abgeordneten Simon hätte auch fristgerecht schriftlich eingereicht werden können. Sie bitte den Senat aber trotzdem um Beantwortung.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt, hierauf werde ihre Verwaltung eine schriftliche Antwort nachreichen.

Marcel Hopp (SPD) fragt, wie die Senatorin den Vorschlag bewerte, die Berliner Schulbauoffensive unter Einbeziehung der Berlinovo als zweiten landeseigenen Akteur auszuweiten und auf diese Art dringend benötigte Schulplatzkapazitäten zu schaffen und zu sichern?

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) antwortet, ihre Verwaltung würde es begrüßen, einen zweiten starken Partner zu bekommen, um mehr Schulplätze zu gewinnen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) berichtet, SenBJF habe nach den Herbstferien die Schulen über die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie informiert, die der Hygienebeirat in seiner Beratung am 18. Oktober 2022 empfohlen habe. Da die Infektionszahlen derzeit glücklicherweise ohnehin sanken, bestehe kein erhöhter Grund zur Sorge. Es gebe

derzeit keine Test- und Maskenpflicht, es stehe aber selbstverständlich jedem frei, eine Maske zu tragen, und SenBJF habe begonnen, medizinische und FFP2-Masken an die Schulen auszuliefern. Der Schülerschaft und dem pädagogischen Personal werde weiterhin empfohlen, zweimal pro Woche Testungen auf freiwilliger Basis anzunehmen. Die Eltern würden darüber informiert und müssten ihre Zustimmung geben. Wer wolle, könne auch einen dritten Test erhalten und am Wochenende selbst zu Hause durchführen; dieses Verfahren werde inzwischen seit geraumer Zeit praktiziert. Der wichtigste Schutz bleibe die Impfung, die es insbesondere bei den Erwachsenen weiterhin zu bewerben gelte, weil die Generation der über Sechzigjährigen wohl die am wenigsten geimpfte sei.

Weiterhin sei mit Blick auf Fort- und Weiterbildung zum geplanten Nachfolger des LISUMs zu berichten, die Qualitätskommission habe dringend empfohlen, dass ein zentrales Institut zur Lehrerfort- und -weiterbildung eingerichtet werden solle, um die derzeit auf vier Regionen verteilten Fort- und Weiterbildungen zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen. Die Senatorin sei sicher, dass es einen großen Qualitätssprung geben werde. Dafür brauche es selbstverständlich Geld; das LISUM erhalte 5 Mio. Euro als Mittel und 45 VZÄ. Zur externen Prozessbegleitung sei der ehemalige Schulleiter des Humboldt-Gymnasiums, Seminarleiter und Grundsatzreferent in der Lehrerbildung Prof. Jörg Kaiser gewonnen worden.

Am 9. November 2022 habe der zweite Runde Tisch bei SenBJF stattgefunden. Hauptthema seien Schulorganisation und Studentafel in Zeiten des Lehrkräftemangels gewesen. Die Moderation sei durch proSchul erfolgt. Diskutiert hätten u. a. Vertreter der Verwaltung und der Vorsitzende des Landeselternausschusses. Es seien drei Unterthemen in Gruppen besprochen worden, darunter wie man Stunden gewinnen und wie Lehrkräfte entlasten könne. Es habe ein quantitativer Fokus auf der Schulanfangsphase gelegen. Ziel sei ein weiterhin offener Austausch. Am 4. Januar 2023 werde der dritte Runde Tisch stattfinden, vorher solle es aber noch im Dezember eine Videokonferenz geben.

Im Bereich Jugend und Familie sei die Berliner Koordinierungsstelle zur Entwicklung flexibler Hilfesettings für Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf – eine bundesweit einmalige Einrichtung – durch die Evangelische Hochschule evaluiert worden, am 28. Oktober habe eine Pressekonferenz dazu stattgefunden. Die Koordinierungsstelle bündele alle relevanten Akteure wie Bezirke, Jugendämter, freie Wohlfahrtspflege etc., die mitunter alle für einen bestimmten Jugendlichen zuständig seien, der dann in der Vergangenheit häufig verschwunden sei. Nun würden die Jugendlichen gefragt, in welcher Form sie sich Begleitung und Unterstützung wünschten. Es gehe dabei um Jugendliche, die keine normale Kindheit gehabt hätten. Früher habe man 86 Prozent dieser jungen Leute nicht helfen können, viele seien im Vollzug gelandet; dank der Arbeit der Koordinierungsstelle seien es nun nur noch 10 Prozent, denen man überhaupt nicht helfen könne. Es gebe zwei Vollzeitstellen für das Projekt, und mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 sei eine dritte hinzugekommen. Das Unterstützungsangebot der Koordinierungsstelle werde auf Dauer benötigt.

Franziska Brychey (LINKE) fragt bezüglich des zu gründenden Fort- und Weiterbildungsinstituts, inwiefern vorgesehen sei, die lehrkräftebildenden Hochschulen und das StEPS für die Ausbildung der Quereinsteiger dort einzubeziehen, um alle Phasen zusammen zu denken. Sei angedacht, dafür einen Beirat o. Ä. zu gründen?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) geht auf die Studie zur Koordinierungsstelle zur Entwicklung flexibler Hilfesettings ein, der zufolge einige Bezirke das freiwillige Angebot in Anspruch nähmen, andere nicht. Welche Bezirke verhielten sich hier wie?

Katharina Günther-Wünsch (CDU) erkundigt sich, welche Maßnahmen infolge des Runden Tisches geplant würden. Wie gehe man mit den Ergebnissen um? Welche Rolle nehme das Thema der aus der Ukraine geflüchteten Schüler bei dem Runden Tisch ein? Gebe es auch Überlegungen des Runden Tisches zum Umgang mit der Situation in den Bezirken und den Wartelisten für ukrainische Schülerinnen und Schüler?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bittet um ein Update zur Finanzierung der Sprachkitas. Die Senatorin habe in der Vergangenheit angekündigt, dass man die wegfallende Finanzierung des Bundes wohl werde ersetzen können; gebe es hierzu einen neuen Stand?

Aferdita Suka (GRÜNE) vergewissert sich, dass es sich bei dem angesprochenen Runden Tisch, dessen Name bisher nicht gefallen sei, um den Runden Tisch zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels handele. Es sei auch noch nicht sehr konkret über seine Themen und Ergebnisse gesprochen worden, insofern bitte sie hier um nähere Erläuterungen bzw. um eine Angabe, wann man denn mit solchen Informationen rechnen dürfe.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) bemerkt zunächst zur Konzeptentwicklung für das geplante Fort- und Weiterbildungsinstitut, die Ideen hierzu seien noch nicht gänzlich ausgereift. Sie bitte den zuständigen Abteilungsleiter Duvneck um nähere Ausführungen.

Thomas Duvneck (SenBJF) erläutert, zum 1. Januar 2025 müsse in Berlin ein neues Landesinstitut den Betrieb aufnehmen, da zu diesem Zeitpunkt der Staatsvertrag mit dem Land Brandenburg über das LISUM gekündigt sei. Derzeit fänden erste Workshops mit nationaler Ausrichtung und Beteiligten aus vielen Landesinstituten statt, die SenBJF bezüglich der Anforderungen an ein modernes, dem digitalen Zeitalter angemessenes Landesinstitut für den Unterricht, aber auch für Ganztagschulen und das pädagogische Personal berieten. Ziel sei, alle Einrichtungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals einschließlich aller Unterstützungssysteme unter einem Dach zu vereinen mit einer einheitlichen Ausrichtung auf die Sicherung der Basiskompetenzen mathematischer und sprachlicher Natur. Natürlich werde es aber auch andere Angebote geben. Derzeit werde geprüft, ob das StEPS ebenfalls unter dieses Dach kommen solle, weil auch in den Weiterbildungen und Qualifizierungen, die dort nicht nur für Quereinsteiger stattfänden, gelehrt werden solle, wie bestimmte fachliche Basics im Unterricht gesichert werden könnten.

Das umfasse nicht die erste Phase der Lehrkräftebildung, die bei den Hochschulen liege. Dazu gebe es Abstimmungsrunden und die Steuergruppe Lehrerbildung, wo sich die für die Lehre zuständigen Vizepräsidentinnen und -präsidenten der Hochschulen mit der Staatssekretärs-ebene und den Fachebenen der Wissenschafts- und Bildungsverwaltungen berieten. Es sei wichtig, dass wissenschaftliche Expertise bei der Einrichtung des Landesinstituts einbezogen werde; das geschehe in Workshops, die am 11. November 2022 beginnen sollten. Das bilde den Auftakt für die konzeptionelle Ausgestaltung des Landesinstitutes.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) geht auf die Frage nach Sprachkitas ein und berichtet, in der vorangegangenen Woche habe es einen Kompromissvorschlag des Bundes gege-

ben, der laute, dass der Bund das Programm ein weiteres halbes Jahr fortführe und die Länder es dann im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes bzw. Kita-Qualitätsgesetzes übernehmen. Das sei zur Irritation der Länder zurückgezogen wolle; der Bund wolle das Programm zwar weiterhin noch ein halbes Jahr fortführen, die Mittel dafür in Höhe von 109 Mio. Euro aber aus den Mitteln zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes herausnehmen. Das sei kein Kompromiss mehr; bisher habe es die Sprachkitas zusätzlich zum Gute-Kita-Gesetz gegeben, zudem das Kitaausbauprogramm. Nun bleibe nur das Gute-Kita-Gesetz. Es sei schwierig, wenn der Bund Programme aufsetze und dann unabhängig von deren Erfolg die Finanzierung ohne Diskussion einstelle und den Ländern überlasse. Am 10. November 2022 finde die Bereinigungssitzung im Bundestag statt; es bleibe abzuwarten, was die Parlamentarier dort entschieden. SenBJF befinde sich diesbezüglich in Gesprächen mit SenFin darüber, wie man Mittel umschichten könne, um das Programm fortzuführen; Sprachförderung sei von höchster Priorität, und man werde es nicht einfach entfallen lassen.

Die Koordinierungsstelle zur Entwicklung flexibler Hilfesettings zeichne sich dadurch aus, dass die Jugendlichen besonders eng in die Entscheidungen über Maßnahmen, die sie selbst betreffen, eingebunden seien. Daher sei es besonders schlimm, wenn Maßnahmen dann nicht fortgeführt werden könnten. Das sei nicht der Hauptfokus der Studie gewesen, müsse aber in der Diskussion mit bedacht werden. Es müsse Verbindlichkeit hergestellt werden, dort entwickelten Maßnahmen dürften nicht aus Kostengründen von Jugendämtern abgelehnt werden. Rund die Hälfte der Bezirke verweise aber wenige bis keine Fälle an die Koordinierungsstelle. Hierzu bitte er die zuständige Abteilungsleiterin Stappenbeck um Details.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) [zugeschaltet] ergänzt, inzwischen nutzten alle Bezirke die Koordinierungsstelle, allerdings in unterschiedlichem Maße; insgesamt hätten sie bislang 124 Fälle eingegeben. Stark genutzt werde das Angebot von Friedrichshain-Kreuzberg, Spandau, Reinickendorf, Mitte und Marzahn-Hellersdorf; Anfragen aus Lichtenberg, Pankow, Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf seien deutlich seltener. SenBJF habe mit den Jugendamtsleitern einen Fachtag verabredet, um die guten Erfahrungen der Bezirke, die es nutzten, auszuwerten und den übrigen die Vorteile näher zu bringen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) dankt den Parlamentariern, die die Koordinierungsstelle mit einer weiteren Stelle gestärkt hätten. Mit dem Projekt würden tatsächlich Schleifen durchbrochen, Kinder kämen belegbar aus Problemlagen heraus. Insofern lohnten sich Investitionen hier auch finanziell.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) erklärt bezüglich des Runden Tisches, es gehe dort nicht dezidiert um die ukrainischen Schüler, obwohl das Thema natürlich auch eine Rolle spiele, wenn es darum gehe, Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten. Nach der dritten Sitzung am 4. Januar 2023 würden die Ergebnisse zusammengetragen und dann auch veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Ziel sei es, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen auch kurzfristig Wege zur Entlastung von Lehrern zu finden.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass damit auch TOP 1 b abgeschlossen sei.

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0588

[0119](#)
BildJugFam

**Gesetz zur Anpassung schulrechtlicher Regelungen
im Rahmen der SARS-CoV-2-Pandemie im
Schuljahr 2022/2023**

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) bemerkt, man habe in der Pandemie gelernt, dass man Sonderregelungen zur Entlastung von Schülerinnen und Schülern schaffen müsse. Diese Sonderregelungen sollten auch im Schuljahr 2022/2023 weiterbestehen, z. B. für Schüler in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe, für die ein zusätzliches Wiederholungs- und Rücktrittsrecht geschaffen worden sei, ebenso wie für Schüler und Studenten bestimmter beruflicher Bildungsgänge. In den Schulen selbst könnten die Gremien im laufenden Schuljahr noch in Form von Videositzungen tagen; auch Wahlen dürften auf diesem Weg durchgeführt und Beschlüsse gefasst werden.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum, der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs. 19/0588 zuzustimmen. Dringlichkeit werde ebenfalls empfohlen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation des Ausbildungsmarkts in Berlin –
Beginn des Ausbildungsjahres 2022/2023**
(auf Antrag der Fraktion der FDP) [0104](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Evaluation der Berufsorientierungsprogramme
in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der FDP) [0106](#)
BildJugFam

- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0460 [0112](#)
BildJugFam
**Arbeit der Jugendberufsagentur Berlin 2021
Drucksachen 18/2400 (B.68) und 19/0400 (B.78)**
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.